

ANTRÄGE

1) Vorschlag und Vergabe von barrierefreien Wohnungen

GR. Mag. **Kowald** stellt folgenden Antrag:

Mag. **Kowald**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, geschätzte Damen und Herren! In Graz zu leben, hat eine Menge Vorteile: Eine hervorragende Infrastruktur, wir haben kurze Verkehrswege, wirklich das beste Bildungsangebot, eine hochwertige medizinische Versorgung, ein abwechslungsreiches Freizeitangebot, ein gutes kulturelles Angebot, denken Sie dabei an das Kulturjahr, wir haben Naherholungsgebiete, etc.

Ob Sie sich jetzt in Graz ansiedeln möchten und eine Eigentumswohnung suchen oder lieber zur Miete wohnen möchten oder um eine Gemeindewohnung ansuchen oder sich ein Haus erbauen möchten oder ein Haus mieten möchten, das Wohnungsamt steht Ihnen bei all diesen Fragen gerne hilfreich zur Verfügung.

Menschen mit Behinderungen haben bei allen diesen vielfältigen Möglichkeiten nur sehr eingeschränkte Möglichkeiten, es ist für einen Menschen mit einer Behinderung sicherlich fast unmöglich, ein Haus selbst zu bauen. Die Anzahl an adaptierbaren Gemeindewohnungen und bereits barrierefreien Wohnungen ist gering.

Bis zur Wahl im Jänner wurden diese Wohnungen vom Sozialamt unseres Magistrates Graz, von der Abteilung 5, vergeben und auch die Personen dafür wurden ausgewählt, die eine solche Wohnung erhalten können. Die politische Zuständigkeit hat sich jetzt etwas verändert. Personell und finanziell ist die Vergabe und die Zuteilung und die Auswahl der Leute, die die Wohnung bekommen können, leider noch immer im A 5 angesiedelt.

Von der Seite der Betroffenen und aus sehr, sehr vielen Gesprächen wird sehr viel Unverständnis geäußert, ich habe bereits im März und April große Kritik erfahren, nicht nur von Rollstuhlfahrern, sondern auch von sehr vielen Körperbehinderten-Organisationen, dass sie mit der derzeitigen Vorgangsweise nicht zufrieden sind.

Erstens weil keine Transparenz herrscht, sei es, weil die Angebote zu gering sind und weil die Probleme nicht ausreichend behandelt werden.

Mit der Vergabe der Wohnung beginnen erst die großen Probleme, die für Menschen mit Behinderungen bestehen. Denken Sie dabei an Wohnungseigentumsgemeinschaften, denken Sie dabei an Hausverwaltungen, denken Sie dabei an Probleme mit Maklern, denken Sie ans Mietrechtsgesetz, denken Sie ans Wohnungseigentumsgesetz. Im Wohnrecht gibt es eine Wulst an gesetzlichen Tatbeständen bundesgesetzlicher Natur, landesgesetzlicher Natur und bei allen Förderungen, bei allen Beihilfen etc. gibt es eine Berücksichtigung des Behindertentatbestands, aber genau diese Themen oder diese Fragen können im Sozialamt nicht behandelt werden.

Aus diesem Grund kommen die Menschen mit Behinderungen in erster Linie logischerweise zum Wohnungsamt. Ich denke dabei an ein Gespräch zum Beispiel mit einer blinden Person, die die Lifttasten mit Braille-Punkten beklebt hat, weil der Lift standardmäßig nicht ausgestattet war, was war der Fall, die sehenden Mitmenschen haben die Punkte wieder heruntergekratzt. Denken Sie dabei auch an das Schlichtungsverfahren nach dem Bundesbehindertengleichstellungsgesetz, denken Sie an die Anwaltschaft mit Menschen mit Behinderungen beim Land Steiermark etc. Da hat eine massive Vernetzung noch zu geschehen und wir müssen uns unbedingt um Menschen mit Behinderungen sorgen.

Es ist zwar so, dass das Wohnungsamt in der Alberstraße leider nicht im geringsten barrierefrei ausgestattet ist. Ich hoffe, das wird sich noch irgendwann ändern. Es ist aber so, dass zwei Referate des Wohnungsamtes am Tummelplatz 9 angesiedelt sind, beide dieser Referate sind absolut barrierefrei gut erreichbar und liegen sehr im Zentrum der Stadt. Alle juristischen Beratungen passieren auch in der Wohnungsinformationsstelle des Wohnungsamtes am Tummelplatz 9.

Daher wäre es nur logisch und wichtig, alle Beratungen für Menschen mit Behinderungen im Zusammenhang mit adaptierbaren Wohnungen oder bereits barrierefreien Wohnungen dort zu ermöglichen und dort auch die Vergabe zu ermöglichen. Es ist zwar schon noch so, dass die behindertengerechten Ausstattungen und Adaptionen über das Landesbehindertengesetz vom Sozialamt behandelt werden, aber gerade bei der Vergabe von bereits barrierefreien Wohnungen sind ja derartige Adaptionen weitestgehend nicht mehr notwendig.

Ich möchte an dieser Stelle auch der guten Arbeit der MitarbeiterInnen des Sozialamtes danken (*Applaus ÖVP*), es wurde oder wird so viel wie möglich gemacht für Menschen mit Behinderungen, was halt das Gesetz ermöglicht, aber genau diesem Problem wird noch nicht Rechnung getragen im Moment. Ich denke, ich konnte das Problem ausreichend aufzeigen. Es ist notwendig, dass wir die gesamte Vergabe, die Auswahl der Personen, die dafür in Betracht kommen, verlagern vom Sozialamt zum Wohnungsamt in die Wohnungsinformationsstelle am Tummelplatz 9.

Ich stelle daher im Namen des BZÖ, ich zähle alphabetisch auf, bewusst, im Namen der FPÖ, im Namen der Grünen und im Namen der ÖVP den gemeinsamen

A n t r a g :

Der Gemeinderat möge beschließen, dass die Agenden der Vergabe von barrierefreien Wohnungen und die Auswahl der dafür in Betracht kommenden Personen für Menschen mit speziellen Bedürfnissen samt der nötigen finanziellen Ressourcen und samt den notwendigen personellen Änderungen ab dem 1. Jänner 2009 zur Gänze beim Wohnungsamt, bei der Wohnungsinformationsstelle am Tummelplatz 9, angesiedelt werden. Es tut mir Leid, dass ich leider heute etwas verzögert gesprochen habe, weil die Absprache leider nicht gut genug war, ich möchte mich aber an dieser Stelle auch bedanken bei meinem lieben Kollegen Kurt Hohensinner, der diesen Ball schon vor einigen Jahren aufgegriffen hat, aber es war die Zeit noch nicht reif genug (*Applaus ÖVP*) und ich danke Ihnen allen für Ihr großes Verständnis. Es geht mir dabei um die Sache und nicht um irgendeine Nationalratspolitik oder um ein Wahlkampfthema. Wir müssen für Menschen mit Behinderungen da etwas unternehmen und das ist leicht machbar, ohne dass es sehr viel kostet. Wir müssen nur alle am gemeinsamen Strang ziehen und ich hoffe auch von den anderen beiden Fraktionen, die leider nicht mitgezogen sind, noch auf eine Zustimmung. Danke Ihnen (*Applaus ÖVP*).

Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

2) Verkehrsmaßnahmen Moelkweg

GR. **Mayr** stellt folgenden Antrag:

GR. **Mayr**: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach einer breit angelegten Diskussion in der letzten Gemeinderatsperiode über Verkehrsberuhigung in den Wohngebieten des östlichen Ruckerlbergs wurde als Sofortmaßnahme zur Verkehrssicherheit ein Linksabbiegeverbot von der Waltendorfer Hauptstraße stadtauswärts in den Moelkweg eingerichtet. Gleichzeitig wurde die Errichtung eines Gehsteiges am Moelkweg beauftragt und vereinbart, dass nach Abschluss der Arbeiten das Linksabbiegeverbot wieder entfernt wird. Diese Vorgangweise wurde vor kurzem wiederum vom Waltendorfer Bezirksrat und der dort engagierten Bürgerinitiative Ruckerlberg einstimmig befürwortet. Äußerst positiv wurde auch die Absichtserklärung von Frau Bürgermeisterstellvertreterin Rucker aufgenommen, dass sich ihr Ressort in dieser Gemeinderatsperiode um eine Gesamtkonzept zur Verkehrsberuhigung in diesem Gebiet bemühen möchte. Allerdings ist die oben genannte, schon lange vereinbarte Maßnahme davon unabhängig zu sehen. Daher stelle ich namens unserer Fraktion den

A n t r a g,

der Gemeinderat möge die Abteilung für Verkehrsplanung beauftragen, gemäß der mit allen Betroffenen geschlossenen Vereinbarung, nach der Errichtung des Gehsteiges am Moelkweg das Linksabbiegeverbot in den Moelkweg zu entfernen (*Applaus ÖVP*).

Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

3) Beschilderung der Fußwege zu Grazer Sehenswürdigkeiten

GR. **Mayr** stellt folgenden Antrag:

GR. **Mayr**: Der Tourismus-Sommer in Graz ist äußerst erfolgreich verlaufen. Auf Grund der stetig steigenden BesucherInnenzahlen ist den Grazer FremdenführerInnen und einigen Geschäftsleuten der Grazer Innenstadt aufgefallen, dass sich nicht alle BesucherInnen der Grazer Innenstadt, mit oder ohne Plan, leicht orientieren können und erst durch mehrmaliges Erfragen den Weg von zum Beispiel den Reisebus-Haltestellen zu den Sehenswürdigkeiten der Grazer Innenstadt finden. Das fördert zwar die Kommunikation zwischen den BesucherInnen und GrazerInnen, dennoch scheint es mittlerweile wünschenswert, wenn auch - wie in zahlreichen anderen Städten - für eine rasche Orientierung der BesucherInnen die fußläufigen Verbindungen zu Sehenswürdigkeiten auch beschildert würden.

Ich stelle daher namens der ÖVP-Gemeinderatsfraktion den

A n t r a g ,

der Gemeinderat möge die zuständigen Stellen des Magistrats beauftragen, eine Beschilderung der Fußwege zu den Sehenswürdigkeiten der Grazer Altstadt zu prüfen und einzurichten (*Applaus ÖVP*).

Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. Rüsç übernimmt um 17.40 Uhr den Vorsitz.

4) Betriebswasser für den neuen Stadtteil Graz-Reininghaus

GR. **Pogner** stellt folgenden Antrag:

GR. **Pogner**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Drei Viertel der Erdoberfläche sind mit Wasser bedeckt. Die gesamte Wassermenge beträgt etwa 1,4 Milliarden Kubikkilometer. Davon sind 92,2 % Salzwasser, das Eis der Pole und Gebirge enthält weitere 2,2 %. Das Süßwasser der Flüsse, der Seen und des Grundwassers der Kontinente machen nur 0,6 % der gesamten auf der Erde vorhandenen Wassermenge aus. Bei einem erwachsenen Menschen beträgt der tägliche Wasser-Bedarf etwa 35 g je kg Körpergewicht, man kann sich dann ungefähr ausrechnen, was ich täglich an Wasser brauche.

Der durchschnittliche tägliche Trinkwasserverbrauch liegt bei ungefähr 125 Litern pro Person, wobei ein Drittel dieses Tagesbedarfs alleine für die Toilettenspülung gebraucht wird und nur zirka vier Prozent zum Trinken und Kochen.

Schon diese Zahlen belegen, wie kostbar unser Trinkwasser ist und wie wenig sorgsam wir damit umgehen.

Eine Möglichkeit, diese Ressource besser zu nutzen, ist die Schaffung von getrennten Wassersystemen.

Im kommunalen Bereich ist bisher keine vom Trinkwasser getrennte Betriebswasserversorgung vorgesehen. Eine zunehmende Zahl von Privathaushalten nimmt allerdings entsprechende Installationen aus eigener Initiative vor. Heute ist es sinnvoll, bei der Neu-Errichtung oder Modernisierung von Häusern oder ganzen Stadtteilen, über eine Betriebswasserversorgung nachzudenken.

Asset One plant gerade die Erschließung eines neuen Stadtteiles, die Reininghaus-Gründe. Im Sinne eines sorgsamen Umganges mit unserem Trinkwasser, dem sich daraus ergebenden verstärkten Umweltbewusstsein und nicht zuletzt auch wegen der kommunalen Vorbildwirkung wäre eine Erschließung dieses neuen Stadtteiles mit einer Betriebswasserleitung wünschenswert.

Namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs stelle ich daher den

A n t r a g ,

der Gemeinderat möge beschließen, an die Asset One Immobilienentwicklungs AG mit dem Ersuchen heranzutreten, für den neu entstehenden Stadtteil Graz-Reininghaus eine Versorgung durch ein zweites, getrenntes Wassersystem, Betriebswasser, zu planen. Dankeschön.

Der Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

5) Permanente/legale Graffiti-Flächen

GR. **Hohensinner** stellt folgenden Antrag:

GR. **Hohensinner**: Sehr geehrter Herr Stadtrat, werter Gemeinderat! Kaum ein Fleck an öffentlichen Flächen wurde in den letzten Jahren von inoffiziellen Sprayern verschont. Betroffen ist vor allem die Grazer Innenstadt.

Obwohl diese Art von Vandalismus einen extrem hohen Schaden verursacht, gehen die zuständigen Behörden viel zu unentschlossen gegen diese Sachbeschädiger vor. Hier wäre zu prüfen, ob im Zuge des außergerichtlichen Tatausgleiches neben der Bezahlung des Sachschadens auch die Auferlegung von Graffiti-Reinigungen für Vandalen möglich ist.

Andere Städte in Europa versuchen, die Graffitikunst zu fördern und dieses „Problem“ positiv zu kanalisieren. Hier werden auf sehr frequentierten Plätzen öffentliche Flächen offiziell für Graffiti-Sprayer bereitgestellt. Das von Kulturstadtrat a.D. Werner Miedl initiierte Pilotprojekt konnte bereits einige Erfolge einfahren. Sie

kennen das alle, Teile der Murpromenade und die allseits beliebte Graffiti-Straßenbahn. Das kann aber nur weiter funktionieren, wenn sehr bewusst, attraktive Plätze in der Innenstadt ausgewählt werden und auch permanent legale Flächen bereitgestellt sind. Bei einem Treffen mit Sprayer-Künstlern - nicht Vandalen - wurden mir einige bevorzugte Objekte genannt und zwar sind diese:

Sämtliche Industriehallen beziehungsweise Mauern, die an den Gleisen am Hauptbahnhof liegen, die Außenmauer der Siemens/Alte Poststraße, die runde lange Mauer zum GKB-Depot, eine neue Straßenbahn würden sie sich wünschen, die bereits bemalten Wände im Volksgarten, diverse Murbrücken entlang der Promenade und Unterführungen, wie beispielsweise bei der Maut Andritz.

Daher stelle ich namens des ÖVP - Gemeinderatsclubs den

A n t r a g,

der Gemeinderat möge Folgendes beschließen:

- Die zuständigen Ämter sollen gemeinsam mit der Polizei geeignete Maßnahmen ausarbeiten, um effizienter gegen die „Vandalen - Sprayer“ vorzugehen.
- Die Liegenschaftsabteilung soll auf attraktiven Plätzen in der Innenstadt geeignete Flächen für die „Graffiti - Kunst“ bereitstellen.
- Das Kulturamt wird auf die im Motivenbericht genannten - von den Sprayern geforderten Flächen Wünsche, welche sich nicht im Besitz der Stadt befinden, eingehen und mit den Eigentümern in Verhandlung treten.
- Die Liegenschaftsabteilung soll gemeinsam mit dem Kulturamt auf der Homepage der Stadt die legalen Flächen bewerben.

Danke.

Der Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

6) Errichtung eines Schutzweges in der St.-Peter-Hauptstraße

GR. **Martiner** stellt folgenden Antrag:

GR. **Martiner**: Sehr geehrter Herr Stadtrat, werte Kolleginnen und Kollegen! Der Heimgartenverein Stadt Graz bemühte sich schon seit geraumer Zeit, dass im Bereich der GVB-Haltestelle „Gasthaus Alte Schmied'n“ ein Schutzweg über die St.-Peter-Hauptstraße errichtet wird. Auch anlässlich des 40-jährigen Bestandsjubiläumfestes, an dem ja auch einige GemeinderatskollegInnen anwesend waren und der Bezirksvorsteher in St. Peter auch teilnahmen, war der fehlende gesicherte Übergang auch ein Thema schlechthin.

Ein Zebrastreifen beziehungsweise eine Fußgängerdruckknopfanlage würden auf dieser stark befahrenen Straße nicht nur den zahlreichen HeimgärtnerInnen, sondern auch für die Gäste des Restaurants aber auch für die Kundinnen und Kunden der befindlichen Büros einen wesentlichen Beitrag zur Erhöhung der Verkehrssicherheit darstellen.

Ich stelle daher namens der SPÖ-Gemeinderatsfraktion den

A n t r a g ,

das Straßenamt möge beauftragt werden, die entsprechenden Maßnahmen zur Hebung der Verkehrssicherheit für Fußgänger und Fußgängerinnen bei der Querung der St.-Peter-Hauptstraße im genannten Bereich ehestmöglich umzusetzen. Danke.

Der Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

7) Stadtteilentwicklungskonzept

GR. **Wippel** stellt folgenden Antrag:

GR. **Wippel**: Gemeindewohnungen auf dem Grund der Hummelkaserne zu errichten, wurde von unserer Seite schon einige Male im Gemeinderat zur Debatte gebracht und vom Gemeinderat auch einstimmig beschlossen. Gleichzeitig ist die Verkehrsplanung dabei, Trassen für zukünftige Straßenbahnen in diesem Bereich zu finden und andererseits die Graz-Köflach-Bahn ins öffentliche Verkehrsnetz zu integrieren. Es ist auch zu bedenken, dass mit der Fachhochschule Joanneum ein neues Bildungszentrum im Norden angrenzend an die Reininghaus-Gründe entstanden ist und im Osten angrenzend an der Südbahn Stahlindustrie betrieben wird. Im Bereich der Reininghaus-Gründe ist es hinlänglich bekannt, dass die Firma Asset One ein Areal einer baulichen Verwertung zuführen will, was einer Entstehung eines neuen Stadtteils gleichkommt.

Aus all diesen Überlegungen ist es erforderlich, die Interessen der Stadt vor allem im Bereich der Hummelkaserne so zu definieren, dass bei allen künftigen Bauvorhaben Richtlinien geschaffen werden, die allgemeine Gültigkeit und einen Verordnungscharakter haben, worauf sich die Bevölkerung, die Stadt Graz und die Bauwerber berufen können. Das Instrument, das uns die Steiermärkische Raumordnung dafür in die Hand gegeben hat, ist die Möglichkeit zur Erlassung eines Stadtteilentwicklungskonzepts. Hier kann sowohl die Stadt ihre Visionen festschreiben, als auch die betroffene Bevölkerung während der öffentlichen Auflage ihre Bedenken und Wünsche einbringen. Eine Möglichkeit wäre es auch, während der Zeit der Auflage ein ständiges Büro für Fragen des Stadtteilentwicklungskonzepts, zum Beispiel in der Hummelkaserne, einzurichten.

Deshalb stelle ich namens des Gemeinderatsklubs der KPÖ folgenden

A n t r a g :

Das Stadtplanungsamt wird beauftragt, dem Gemeinderat der Stadt Graz eine Auflage eines Entwurfs für ein Stadtteilentwicklungskonzept mit besonderer Rücksichtnahme für den kommunalen Wohnbau im Bereich der Hummelkaserne zur Beschlusslage so rasch als möglich vorzulegen. Das Gebiet für das Stadtteilentwicklungskonzept soll den Bereich zwischen Eggenberger Allee im Norden und Peter-Rosegger-Straße im Süden sowie zwischen der Südbahn im Osten und der Kärntnerstraße im Südosten und der Karl-Morre-Straße, Steinackerstraße, Graz-Köflach-Bahn im Westen umfassen (*Applaus KPÖ*).

Der Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

8) Neugestaltung des P&R-Platzes beim Verteilerkreis Webling

GR. Ing. **Lohr** stellt folgenden Antrag:

GR. Ing. **Lohr**: Sehr geehrter Herr Stadtrat! Der Park-&-Ride Platz Webling gilt als einer der Eintrittspunkte in die Landeshauptstadt Graz. Mit seinen rund 150 Stellplätzen ist er für viele Touristen aber auch für Pendler der Ausgangspunkt oder der Zielpunkt für eine Fahrt von oder in die Stadt Graz. Jeden Tag vermittelt er aber Reisenden einen ersten Eindruck unserer Stadt und sollte daher bei den Besuchern ein Willkommenheitsgefühl erzeugen.

Leider haben sich in den letzten Jahren sowohl das Erscheinungsbild als auch der Zustand dieses Parkplatzes merklich verschlechtert. Neben ungepflügten Büschen, wild wucherndem Gestrüpp sowie Gräsern, die aus den Leitschienen

herauswachsen, weist auch der Asphalt bereits größere Risse auf. Zusätzlich liegt immer wieder nicht entsorgter Müll herum.

Auch der ansässige Imbissbetrieb wirkt unansehnlich und wenig einladend. Ich habe da auch Fotos mitgebracht, die werde ich dann stellvertretend für den Bürgermeister an den Herrn Stadtrat überreichen. Jedenfalls ist der Weg vom Park-&-Ride-Platz zu den Autobuslinien zwar gut beschildert, führt aber ebenso über einen Abgang, dessen Holzgeländer sich in einem alten und unsicheren Zustand befindet.

Daher sollte umgehend eine Neugestaltung des Platzes angedacht werden, um ihn für die Benützer attraktiver zu gestalten.

Mit regelmäßig gepflegten Bäumen und Pflanzen könnte ein Kontrapunkt in der Asphaltlandschaft des Autobahnstumpfes dargestellt werden und die Verweilzeit am Platz kann dort angenehmer gestaltet werden. Das Aufstellen mehrerer Abfallbehälter würde die Verschmutzung durch Müllablagerungen eindämmen. Mit dem Eigentümer des Imbissbetriebs sollte über eine Renovierung oder Neuerrichtung seiner Betriebsstätte verhandelt werden. Dabei ist eine ausreichende Anzahl an sauberen WCs ebenso vorzusehen. Weiters die Pflege und Reinigung des Platzes sollte in kürzeren Zeitabständen als bisher erfolgen.

Das sind nur einige beispielhafte Aufzählungen zur Verbesserung der momentanen Situation. Jedenfalls sollte der Park-&-Ride-Platz Webling in Zukunft wieder auf die Grazer einladend wirken und auf die Gästen einen guten Blick als ersten oder letzten Blick auf die Stadt Graz hinterlassen.

Namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs stelle ich daher den

A n t r a g :

Der Gemeinderat wolle beschließen: die zuständigen Stellen zu beauftragen, Pläne zur Neugestaltung des Park-&-Ride-Platzes Webling auszuarbeiten und diese in der Folge nach Möglichkeit umzusetzen (*Applaus FPÖ*).

Der Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

9) Optimale Instandhaltung von Fahrzeugen der GVB

GR. **Schröck** stellt folgenden Antrag:

GR. **Schröck**: Werte Kolleginnen und Kollegen! Am 29.8.2008 kam es in der Salzamtsgasse zu einem Zwischenfall mit einem GVB-Bus der Linie 30. Der Bus mit dem Kennzeichen G-656HU konnte durch ein falsch parkendes Fahrzeug nicht weiterfahren und blockierte somit den fließenden Verkehr. Als die aufgebracht und wartenden Fahrzeughalter die Buschauffeurin baten, den Bus ein paar Meter zurückzusetzen, um die Pkw vorbeifahren zu lassen, antwortete die, das sei nicht möglich, da sie den Rückwärtsgang gar nicht einlegen könne. Ein weiterer herbeigerufener GVB-Bediensteter bestätigte nach mehreren Nachfragen vor Zeugen, dass der Bus erst kürzlich in der Werkstätte war, um den defekten Rückwärtsgang zu beheben. Allerdings sei das Fahrzeug mit dem gleichen Defekt zurückgekommen. Das Wissen um dieses Gebrechen am Fahrzeug hinderte die zuständige GVB-Führung aber nicht, den defekten Bus wieder auf die Straße zu lassen.

Dieses fahrlässige und auch skandalöse Verhalten seitens der GVB-Führung stellt ein unverantwortliches Inkaufnehmen einer erhöhten Gefahr für die Allgemeinheit dar. Hier wurde eine GVB-Chauffeurin genötigt, mit einem Bus, der auf keinen Fall den gängigen Verkehrs- und Betriebssicherheitsstandards entspricht, nichts ahnende Fahrgäste durch Graz zu chauffieren und diese und alle anderen Verkehrsteilnehmer einer erheblichen Gefahr auszusetzen. Man sollte diesen Vorfall zum Anlass nehmen, um der GVB nun endlich die nötigen finanziellen Ressourcen zur Instandhaltung ihrer Betriebsfahrzeuge zur Verfügung zu stellen.

In diesem Zusammenhang stelle ich folgenden

A n t r a g :

Der Gemeinderat der Stadt Graz wolle beschließen:

Der zuständige Beteiligungsreferent Stadtrat Univ.-Doz. Dipl.-Ing. Dr. Gerhard Rüsich wird vom Gemeinderat aufgefordert, den beschriebenen Vorfall zu untersuchen und eine schriftliche Erklärung von GVB-Direktor Antony Scholz einzuholen. Danke.

Bürgermeisterstellvertreterin Rücker übernimmt um 17.55 Uhr den Vorsitz.

Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

10) Linie 68 neue Bushaltestelle

GR. **Koroschetz** stellt folgenden Antrag:

GR. **Koroschetz**: Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, werte Gemeinderatskollegen! Durch die Verlängerung des 6ers in das Peterstal wurde auch die Linienführung der Buslinie 68 verändert. Diese führt vom Schulzentrum St. Peter über die Petersbergenstraße nach Lustbühel und retour. Nun gäbe es die Möglichkeit, eine Haltestelle direkt vor dem Eingang St. Peter Ortsfriedhof in beiden Fahrtrichtungen zu installieren. Durch die Installierung dieser Haltestellen kommt es zu keinen Mehrkosten des Betreibers, sondern ausschließlich zu Erleichterungen für ältere Menschen, die den Friedhof besuchen.

Daher stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs den

A n t r a g ,

der Gemeinderat möge beschließen, eine Überprüfung der bestehenden Möglichkeiten sowie eine dementsprechende Umsetzung zu veranlassen. Danke (Applaus ÖVP).

Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.